

BNN  
22.05.2015

# „Die Menschen müssen ja irgendwo wohnen“

## Anschlussunterkunft für Flüchtlinge: Landkreis und Gemeinden wollen Kapazitäten aufbauen

Von unserem Redaktionsmitglied  
Matthias Kuld

**Kreis Karlsruhe.** Zwar sitzen die Kommunen am hinteren Ende des föderalen Staatsaufbaus – zuweilen sind sie aber ganz vorne. Beispielsweise, wenn es um das Megathema Flüchtlinge und seine Weiterungen geht. Während in der großen Politik die Fragen des aktuellen Zustroms und dessen Regelungen Thema sind, diskutieren die Kommunen schon, worauf es in den Folgejahren ankommt. „Die Infrastruktur muss wachsen“, sagt der Karlsruher Landrat Christoph Schnaudigel. Zwar muss der Landkreis „nur“ Gemeinschaftsunterkünfte für die Flüchtlinge bereitstellen, aber auf seine Städte und Gemeinden kommen erhebliche Aufgaben zu. Das Thema der sogenannten Anschlussunterbringung ist in der Öffentlichkeit bei weitem noch nicht so im Gespräch wie das der Gemeinschaftsunterkünfte – aber es wird schon sehr bald sehr prominent.

Konkret geht es darum, dass zum einen viele Flüchtlinge im Land bleiben und dass sie – unbeschadet des Standes ihres

Asylverfahrens – nach spätestens zwei Jahren von der Gemeinschaftsunterkunft in die Anschlussunterkunft wechseln. Zu deutsch: Es wird preiswerter Wohnraum benötigt. Doch der ist jetzt schon knapp. Es muss also gebaut werden. Landrat Christoph Schnaudigel will „gemeinsam mit den Kommunen Kapazitäten aufbauen. Die Menschen müssen ja irgendwo wohnen“. Eine entsprechende Initiative aus dem Kreistag heraus gab es schon. Und dabei will der Landrat eng mit den Gemeinden zusammenarbeiten – bis hin zum Management von Wohnungen.

Die sind freilich nur ein Thema, wenn es um Infrastruktur geht. Das nächste sind Kindergärten. Der Landrat weiß aus seinen Gemeinden, dass die Plätze knapp geworden sind, nachdem mit den Flüchtlingen auch viele Kinder in den Orten leben. Da werden auch neue Gruppen einzurichten sein.

Nächstes Thema Schulen: Für die älteren Kinder besteht Schulpflicht. Hier ist

der Landkreis laut Schnaudigel mit der Kultusverwaltung übereingekommen, dass bis zu 25 Flüchtlingskinder in die entsprechenden Vorbereitungsklassen gehen können. Aber: „Dafür müssen auch Lehrerstellen geschaffen werden.“ Der Kreis bringt solche Klassen beispielsweise im Beruflichen Bildungszentrum Bretten unter, weshalb dort Platzprobleme entstanden sind – „wir müssen zusätzliche Räume anmieten“.

### Kindergartenplätze und Schulräume sind knapp

Die vernünftige Betreuung der Asylbewerber ist für die Landkreisverwaltung personell eine große Herausforderung. Schnaudigel schätzt, dass rund zehn Prozent der 1 600 Mitarbeiter direkt mit dem Thema Flüchtlingen befasst sind: Hausmeister in den Gemeinschaftsunterkünften, Sozialarbeiter, Beschäftigte der Liegenschaftsverwaltung, des Baurechtsamts, der Ausländerbehörde, des Personalamts, des Gesundheitsamts, des Sozialamts. Neue Stellen mussten meist sehr rasch geschaffen werden und schlagen sich

kostenmäßig erst im neuen Haushalt deutlich nieder. Der Landrat rechnet mit Personalkosten, die von 75 Millionen auf 87,5 Millionen Euro steigen werden, was zu einem wesentlichen Teil mit dem Personal für die Flüchtlinge zu begründen ist.

Offiziell rechnet der Landkreis damit, bis Ende des Jahres Platz für 4 500 Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften bereitzustellen und damit, dass die Plätze belegt sein werden. Intern kursieren dem Vernehmen nach aber schon höhere Zahlen. Landrat Schnaudigel sagt nur: „Weniger wird es nicht.“ Angesichts der sich ständig überholenden Entwicklung sei es schwer, Prognosen zu stellen. Allerdings hat er die Erwartung, dass eine Zusage aus Stuttgart etwas Druck vom Landkreis nimmt. Es geht darum, dass der Kreis bei der Zuweisung etwas entlastet wird, weil es in der Region mehrere Filialen der Landeserstaufnahmestelle Karlsruhe gibt. „Das hilft uns etwas weiter“, sagt Schnaudigel, der immer noch darauf hofft, „dass wir keine Turnhallen für die Unterbringung benötigen“.